

- Information über die Ältestenausschusssitzung
- Subjektive Wahrnehmung „Offenbarungseid für den Landkreis und seine Gemeinden“
- Zukunft ist erhebliche Belastungen für die Bürger und Bürgerinnen durch drastisch steigende gemeindliche Steuern und Abgaben vor allem durch gigantische Erhöhungen der Grundsteuern
- Anerkennung ehrenamtliches Engagement wird wegen Unzulässigkeit von freiwilligen Leistungen gen Null zu fahren sein
- Verfall der Infrastruktur

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der FWG-Fraktion,  
verehrte Bürgermeister,  
verehrte Ortsvereine der FWG,

das von unserer Kreistagsfraktion über viele Jahre klar dargestellte Finanzfiasko für den Landkreis und seinen Gemeinden tritt nun wie vorhergesagt ein.

Jeder der die Grundrechenarten beherrscht, hätte dies so erkennen müssen. Man muss weiter davon ausgehen dürfen, dass diese Grundrechenarten Landräten, Bürgermeistern, Kreisräten, Stadt-, Markt- und Gemeinderäten in Zeiten von Rechnern, Computern und Digitalisierung trotzdem noch geläufig sind.

Mittlerweile habe ich die subjektive Meinung, dass es Teilen unserer Fraktion peinlich ist, die eingetretene Situation in ihrer Dimension so zu artikulieren. Denn wir stellen ja den Landrat und da sollten wir nicht mehr kritisch sein.

Ich versuche deshalb hier den für mich wahrnehmbaren Offenbarungseid für den Landkreis und seine Gemeinden mit den übermittelten Fakten euch darzustellen.

1. Der Bezirk Oberfranken erhöht seine Bezirksumlage für das Haushaltsjahr 2025, was für den Landkreis eine mehr aufzubringende Bezirksumlage von 3,3 Mio. € bedeutet. Dies wird im Ergebnis für die umlagezahlenden Gemeinden des Landkreises Bayreuth ein Mehr von ca. 2,7 %-Punkten bedeuten.
2. In der Ältestenausschusssitzung wurde der Kapitalbedarf für die Sanierung – Erweiterung – Erneuerung des Klinikums dargestellt. Wie aus der beigefügten Anlage ersichtbar ist, benötigen wir für die

**Baumaßnahme 2026 ca. 7,14%; 2027 und 2028 jeweils ca. 10,55 %, 2029 ca. 12,15 %, 2030 bis 2032 jeweils ca. 9,48 % und 2033 bis 2038 ca. 6,82 % Punkte Mehr an Kreisumlage. Die Millionenbeträge könnt ihr aus der beigefügten Anlage selbst entnehmen.**

Man muss schon hinterfragen, was das permanent veränderte Überlegungschaos der zuständigen Gremien - „Konzept für Sanierung lag vor, Planungsüberlegungen waren durchgeführt, dann kam alles wieder auf null, mit Überlegung Neubau auf grüner Wiese, dann Mischung aus Neubau und Sanierung usw. und so fort“ - für einen finanziellen Mehrbedarf wahrscheinlich ausgelöst hat bzw. noch auslösen wird. Für mich ist dies ein erkennbarer Hinweis auf „Unfähigkeit“ der zuständigen Gremien.

3. Mittlerweile schreibt das Klinikum nur noch rote Zahlen. In den letzten Jahren hat die Klinikum-GmbH alljährlich ein Betriebsdefizit von über 20 Millionen € zu verzeichnen gehabt.

In 2023 konnte das Betriebsdefizit, das mit ca.25 Mio. € veranschlagt war, nur durch einen Einmaleffekt auf ca. 8 Mio. gedrückt werden. Da mittlerweile keine flüssigen Mittel mehr vorhanden sind, wurde ja zur Abdeckung der Betriebsdefizite die vom Zweckverband zur Verfügung gestellten 20 Millionen Investitionsmittel zweckentfremdet für diese Defizite verwendet.

Damit die Krankenhaus GmbH nicht zahlungsunfähig wurde, mussten Stadt und Landkreis Bayreuth bereits eine Bürgschaft über 25 Mio. € gewähren. Eigentlich hätte dies über die Gewährträger abgedeckt werden müssen.

Wie wir hier bereits unsere Kreisumlage erhöhen hätten müssen, kann ja wohl auch jeder ausrechnen.

Ob dieses Gebaren noch generationengerecht und zukunftsfähig ist, muss mehr als bezweifelt werden.

Für 2024 rechnet man aufgrund der neuesten Prognose mit einem abermaligen Verlust von ca. 24 Mio. €. Unerklärlich ist für mich, wie der Landrat in der Ältestenausschusssitzung anmerkte, dass man ab 2025 mit einer schwarzen Null rechnet.

Ob hier Glaube oder Hoffnung die Grundlage solcher Prognosen ist, weiß ich nicht.

**Produziert man solche Ergebnisse auf die Kreisumlage muss man bei seriöser Betrachtung mit weiteren Prozentpunkten (4-5) rechnen.**

Wie hier Defizite und ein Investitionsvolumen für Sanierung oder Neubau mit 900 Millionen €, unter der Prämisse von 300 Mio. € Eigenbeteiligung geschultert werden kann, übersteigt meine Vorstellungskraft.

Die genommene Entwicklung der Krankenhäuser Klinikum Bayreuth und Hohe Warte wurde von uns immer kritisch unter der Zukunftsperspektive betrachtet.

Sehr deutlich muss man anführen, dass die Krankenhausfinanzierung gesetzlich anders geregelt werden muss. Sie ist sicherlich das Hauptproblem für die Überlebensfähigkeit der kommunalen Krankenhäuser.

Jedoch genügen meiner Meinung nach sowohl die Geschäftsführung als auch die Aufsichtsgremien, auch als Resümee meiner Aufsichtsratsstätigkeit, den Ansprüchen nicht. Aus den Berichten von Edmund Pirkelmann kann ich ableiten, dass dies noch immer so ist. Zigmillionen unserer vormaligen üppigen Guthaben und Rücklagen (ca. 100 Mio. €) wurden für nicht nachvollziehbare Entscheidungen ausgegeben.

So stellt sich einzig die Frage: Sind Krankenhäuser unter kommunaler Trägerschaft noch überlebensfähig?

Im Ergebnis muss ich bezweifeln, ob wir es uns leisten können, das Klinikum in 5 – 7 Jahren noch in kommunalen Händen halten zu können. Gerade aus unseren Reihen hatten wir hier anders gedacht. Damals als Rhön-Klinikum oder Sana Gruppe an einer Übernahme interessiert gewesen waren, wir bei einer Übertragung an diese, heute ca. 100 Mio. € mehr in der Kasse des Landkreises gehabt hätten, kamen von vier befürworteten Stimmen drei aus unseren Reihen.

4. Der Landrat hat uns in der Ältestenausschusssitzung eine mögliche Investitionsliste des Landkreises für die Liegenschaften und für die Zweckverbände übermittelt (**Anlage beigefügt**). Das desolate Kreisstraßennetz mit seinen Millionenaufwendungen ist hier noch nicht einmal berücksichtigt.

In dieser Liste geht er von ca. 109 Mio. Investitionsbedarf aus. Angenommen man würde für all die Maßnahmen 50 % Zuwendung erhalten) was unrealistisch ist, wären ca. 50 Mio. durch den Landkreis zu finanzieren.

Wieder bei Anwendung der Grundrechenarten, einer Nutzungsdauer von 30 Jahren und eines Finanzierungzinssatzes von 3,5 % für 30 Jahre Zinsbindung würde dies den Kreishaushalt wie folgt belasten:

Zinsaufwand im Durchschnitt pro Jahr 875.000,-- € (anfänglicher Zins p. a. 1.750.000,-- € reduzierend auf null – Rechenmethode  $1.750.000,-- \text{ €} \times 30 : 2 : 30$ )

Tilgungsaufwand p. a. gleichzusetzen mit jährlicher Afa (3,33 %) = 1.665.000.000,-- €.

Weiter rechnet man ja bei den Zweckverbänden in Zukunft mit ca. 10.000.000,-- € Zuschussbedarf p.a., der über die Kreisumlage abzubilden ist (**beigef. Anlage**).

**Der Steigerungsbedarf an Kreisumlage ist hier mit ca. 8 %-Punkten zu quantifizieren.**

**Den Bedarf zum Unterhalt und zu Erneuerungen des Kreisstraßennetzes möchte ich hier nicht auch noch einen vielleicht gefühlten Rechenunterricht eines Volksschullehrers unterwerfen.**

**Wann endlich werden die Kreisräte Ihrer Verantwortung für unsere Kommunen und für unser nachfolgenden Generationen gerecht?**

**Dann müsste eigentlich jeder der sich einer geringsten Verantwortung bewusst ist, bei Betrachtung der Liste des Landratsamtes, doch handeln und in Frage stellen:**

**Bikerpark / Bleaml Alm 6,3 Mio. €  
Therme Obersees 10,5 Mio. €  
Fränkisches Schweiz Museum 9,05 Mio. €  
RIZ 3,0 Mio. €  
Anbau ILS 1,37 Mio. €  
Landratsamtsanbau 13,75 €  
Schulsanierungen in reduziertem Umfang**

**Was läuft aber ab – bereits in der nächsten Sitzung werden hiervon Sachverhalte auf den Weg gebracht.**

Die Zukunft kann nur sein:

Den gemeindlichen Kassen müssen Einnahmen zugeführt werden, um in diesem Durchgriffssystem sich bedienen zu können.

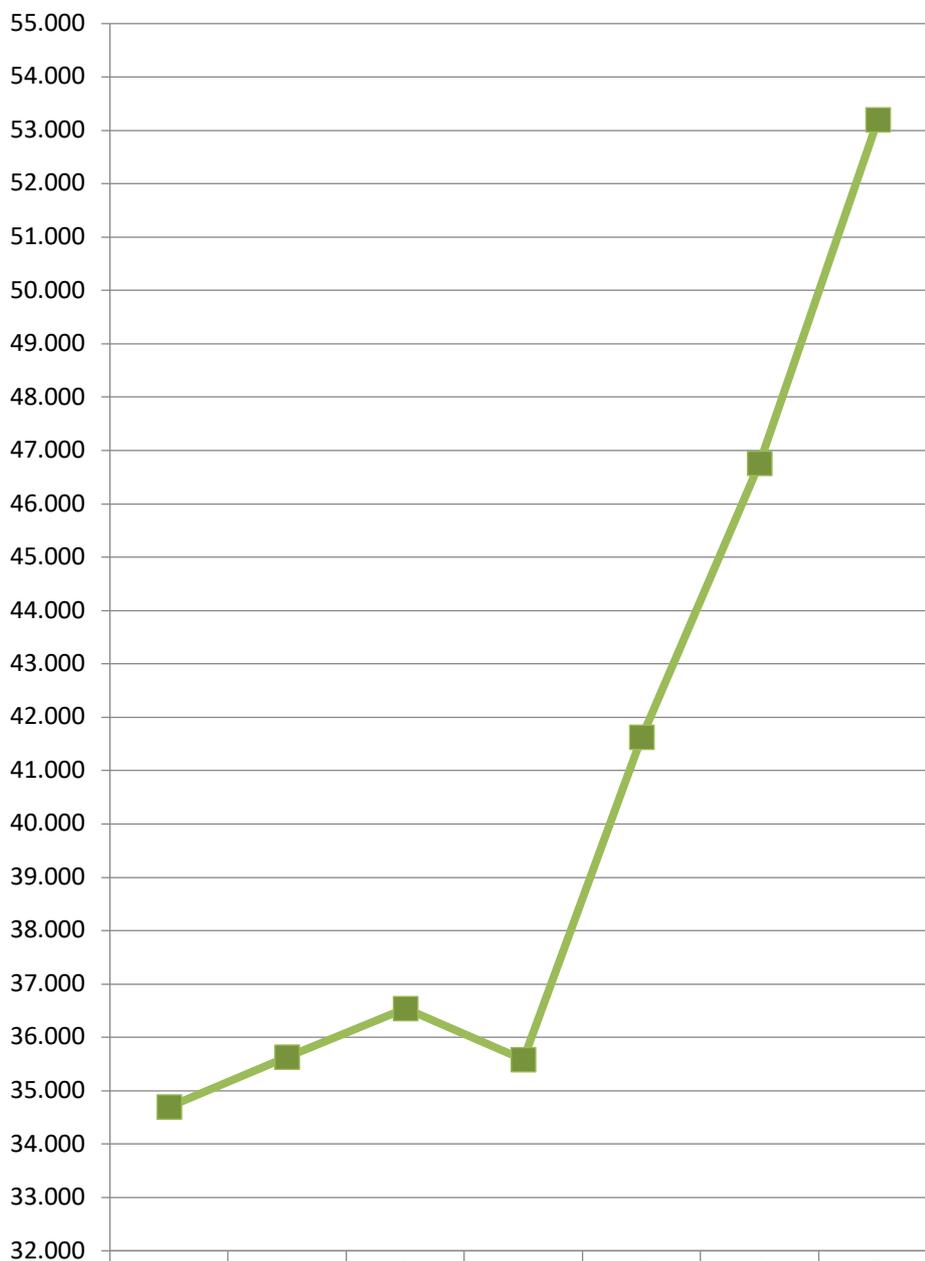
Drei Möglichkeiten können nur erkannt werden:

- Erste, durch deutliche Kreditaufnahmen – Genehmigung fraglich
- Zweite, durch Steigerung von Grundsteuern, Gewerbesteuern, Abgaben und Gebühren.
- Dritte, durch Kürzungen von Ausgaben besonders bei den freiwilligen Leistungen bei Sportvereinen, gemeinnützigen caritativen Organisationen, Feuerwehren und Kirchen. Hierzu werden Sie verpflichtend durch die Rechtsaufsicht am Landratsamt angewiesen.

Ich möchte euch auffordern, das nachfolgende Bild bei einem Kreisumlagesteigerungspotential von 20 Prozentpunkten jährlich in eurer Vorstellung zu ergänzen und euch die Auswirkungen hieraus auszumalen. Ein Prozentpunkt sind ca. 1,266 Mio. €.

## Entwicklung der durch die Gemeinden im Landkreis Bayreuth zu zahlende Kreisumlage

(Euro in Tsd. €)



	1	2	3	4	5	6	7
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Euro (in Tsd. €)	34.700	35.637	36.546	35.589	41.628	46.756	53.193

**Diesen gesamten Themenkomplex würde ich gerne in einer längeren Fraktionssitzung erörtern. Hierzu werde ich einen Termin mit Stefan Frühbeisser und Martin Dannhäuser erarbeiten. Diesen müssten wir in der Mittagszeit beginnen. Einladung erfolgt.**

**Deshalb habe ich vorab den Mail Weg gewählt um euch zu informieren.**

**Nun aber noch zwei weitere Punkte die ich ergänzend anführe und die unsere früher so kollegiale Zusammenarbeit betreffen:**

**Martina Meyer-Gollwitzer schreibt in eurer Wats-App Gruppe, dass Sie sich bei Martin Dannhäuser für den Fraktionstermin bedankt. Das habe ich auch schon bei Martin getan. Jedoch will ich dies schon aus meiner Sicht etwas kommentieren:**

**Ich habe zu allererst Stefan Frühbeisser mehrmals angerufen, um ihn zu erreichen. Als ich ihn dann nach zwei Tagen des Versuchs erreicht habe, hat er mir mitgeteilt, dass er nicht zur Kreistagsitzung kommen kann und dass er deshalb keine Terminorganisation für eine Fraktionssitzung übernehmen kann.**

**Da ich Martin Dannhäuser an der Strippe hatte, habe ich ihn gefragt, da ich nicht selbst an der Sitzung teilnehmen kann, ob ich eine Fraktionssitzung einberufen soll, wenn ja dann wann. Ich habe ihn dann nach Terminfindung gebeten per Wats-App die Fraktionsmitglieder einzuladen. Den Sitzungsort mit dem Landratsamt habe ich dann noch selbst vereinbart, da ich mich in Regensburg aufhielt.**

**Ich bitte Martina untertänigst um Entschuldigung, dass ich nicht Sie als weitere Fraktionsvorsitzende kontaktiert habe. Leider musste ich schon manchmal registrieren, dass Telefonkontaktaufnahmen mit Martina erfolglos waren und dass Sie Termine wegen anderer unaufschiebbarer Dinge nicht wahrnehmen konnte. Vielleicht bin aber auch ich manchmal etwas eingespannt und auch mir passiert so etwas. Drum Entschuldigung.**

**Weiter möchte ich etwas zu der am 16. Oktober stattfindenden Jahreshauptversammlung ausführen:**

**Ich bedanke mich für die Einladung, die ich erhalten habe. Vorneweg, ich werde an dieser Jahreshauptversammlung nicht teilnehmen, um den nach außen gewünschten Betriebsfrieden nicht zu gefährden.**

**Es ist für mich aber nicht nachvollziehbar, dass in Anbetracht der sich nun auftürmenden Probleme, die ich teilweise vorneweg zitiert habe und auch vorhergesehen habe, der gewählte Vertreter des politisch agierenden Organs „Kreistagsfraktion“ sprich der Fraktionsvorsitzende keinen Rechenschaftsbericht abgeben kann.**

**Ich sehe leider, dass sich unsere politische Gruppe zu einer Ja-Sager-Truppe entwickelt. Ich habe in meiner langen Führungstätigkeit die Freie Wählergemeinschaft jedoch nie als eine Wohlfühloase betrachtet in der man nicht mehr die Probleme und Nöte unserer Menschen und Zeit thematisiert.**

**Ein Gefühl „von nicht mehr die Finger in die Wunde legen zu wollen“, drängt sich leider langsam bei mir auf. Dies steht im Gegensatz zu dem was wir unseren Wählerinnen und Wählern immer kundgetan haben. Das war nie Ziel meiner politischen Betätigung.**

**Der Veranstaltung wünsche ich einen angenehmen Verlauf mit der gewünschten Harmonie.**

**Über unsere Probleme und wie sie entstanden sind habe ich euch ja erst vor kurzen informiert. Nachrichtlich ist meine Ausführung hierzu nochmals angeführt, damit auch Axel Herrmann Bescheid weiß.**

**Ich wünsche ihm viel Erfolg in seiner neuen Aufgabe, in einer sicher nicht ganz einfachen Zeit. Mit Ihm habe ich mich telefonisch im Vorfeld ausgetauscht.**